

Projektmeldung | Burkina Faso | Privatisierungsvorhaben

Programme Indicatif National 2014-2020

Landesbezogene Entwicklungsplanung des EEF

Planungsstadium, Frühstadium

27.06.2014

Land:	Burkina Faso
Finanzierung:	Europäischer Entwicklungsfond (EEF)
Kategorie:	Privatisierungsvorhaben

Im Rahmen ihrer Kooperation mit den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) hat die Europäische Union das Indikativprogramm für die Entwicklungszusammenarbeit mit Burkina Faso im Zeitraum 2014 bis 2020 verabschiedet. Dafür sind Mittel des 11. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) in Höhe von insgesamt 623 Mio. Euro vorgesehen, die vornehmlich für Vorhaben in folgenden Bereichen verwendet werden sollen: Verantwortungsvolle Regierungsführung (325 Mio. Euro), Gesundheit (80 Mio. Euro) sowie Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit, nachhaltige Landwirtschaft und Wasserversorgung (190 Mio. Euro). Außerdem sollen Maßnahmen zur Unterstützung der Zivilgesellschaft mit 21 Mio. Euro gefördert werden.

Bitte melden Sie sich an, um diesen Inhalt aufzurufen

Klicken Sie auf den Button "My GTAI Login" und loggen Sie sich mit Ihrer Benutzererkennung ein. Sollten Sie für diese Webseite noch kein Benutzerkonto haben, können Sie sich hier schnell **KOSTENLOS REGISTRIEREN**

[My GTAI Login](#)

Mehr zu:

Burkina Faso

Privatisierungsvorhaben / Arbeitsmarkt, Lohn- und Lohnnebenkosten / Außenwirtschafts-, Industriepolitik / Konjunktur / Wasserversorgung, Bewässerung / Beratung, Planung und Forschung, übergreifend / Gesundheitswesen, übergreifend / Land- und Forstwirtschaft, übergreifend / Öffentliche Verwaltung und Regierung / Abwasserentsorgung, Entwässerung / Entwicklungszusammenarbeit / Privatisierungsconsulting, PPP, BOT / Öffentliche

Finanzen, Staatshaushalt / Tierzucht / Soziale Entwicklung
Projekte

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.